

Die Region will einen Staatsvertrag

Bei der Suche nach einem atomaren Lager will der Regionalverband Hochrhein-Bodensee die Schweiz vertraglich binden

VON UNSEREM MITARBEITER
STEFAN SAHLI

WALDSHUT-TIENGEN. Bei der Suche der Schweiz nach einem atomaren End- und Zwischenlager fordert der Regionalverband Hochrhein-Bodensee einen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz. Nur so, so die einmütige Meinung des Planungsausschuss am Dienstag, könnten die Interessen der Region ausreichend gewahrt werden. Fast alle möglichen Standorte liegen in unmittelbarer Grenz Nähe und es müsse sicher gestellt werden, dass den Betroffenen die deutschen Rechtsmittel offen stünden.

Simone Brander vom Schweizer Bundesamt für Energie war zu Gast im Ausschuss, um die Planungen der Schweiz in Sachen Endlager-Suche zu erläutern. „Der Sachplan gewährleistet den Einbe-

zug der Kantone und des benachbarten Auslands“, so Brander, die für die Schweizer Bemühungen, Deutschland mehr bei der Suche einzubinden, offenen Beifall im Ausschuss erhielt. „Die Schweiz beteiligt uns intensiv, ein Verfahren, das Respekt verdient“, meinte Verbandsvorsitzender Bernhard Wütz und auch Albert Schmidt (SPD) bescheinigte den Eidgenossen, bei der Beteiligung Deutschlands Fortschritte gemacht zu haben.

Trotz einiger Kritikpunkte bescheinigte auch Frank Hämmerle (CDU), Landrat in Konstanz, dem Verfahren Transparenz. Er kritisierte allerdings, dass Betroffenen in Deutschland – wie in der Schweiz – nur ein Anhörungsrecht eingeräumt würde, die Entscheidung aber allein vom Schweizer Bundesrat oder mit einer fakultativen Volksabstimmung getroffen würde. Und: „In der Schweiz ist die politische Ent-

scheidung für einen Standort mit einem Rechtsmittel nicht anfechtbar“, so Hämmerle. Eine Einschätzung, die Simone Brander eingestehen musste – was Martin Albers (CDU) auf den Plan rief. „Die Region hat Angst“, so der Waldshuter OB, der einen Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz forderte, um die Interessen der Region zu wahren.

Einen solchen hatte Verbandschef Wütz bereits Ende des vergangenen Jahres gefordert, war damit aber auch taube Ohren gestoßen. Nicht nur in der Schweiz sondern auch bei der Bundesregierung. „Berlin nimmt eine diffuse Haltung ein“, meinte auch der Lörracher Landrat Walter Schneider (CDU), der vor allem Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) misstraut: Ein Schweizer Endlager in Grenz Nähe könne zum Anlass genommen werden, verstärkt in Baden-

Württemberg nach Standorten für ein deutsches Endlager zu suchen.

„Die Menschen im Ostkreis wollen kein Lager“, meinte auch Martin Benz (CDU), der sich ebenfalls dafür aussprach, den Bund aufzufordern, von der Schweiz einen Staatsvertrag zu verlangen. Den

entsprechenden Antrag befürwortete der Ausschuss einstimmig, nicht zuletzt um zu gewährleisten, dass deutsche Gerichte angerufen werden können. Eine weitere Forderung, die im Planungsausschuss laut wurde: Der Kreis der Betroffenen müsse weiter gezogen werden. Derzeit werden

von der Schweiz nur jene Gemeinden gehört, die sich im Umkreis von fünf Kilometern eines möglichen Standortes befinden. Für viele Mitglieder des Planungsausschusses ist eine zu enge Grenze, die die Beteiligung weiterer Kommunen fordert.